

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 09/2022



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

nach einem heißen und auch politisch überaus anspruchsvollen Sommer reißen die schwierigen Nachrichten nicht ab. Ich möchte Ihnen versichern, dass mich die zahlreichen Rückmeldungen dieser Tage sehr bewegen. Zugleich ist es Ansporn und Mahnung, dass wir als Union die Bundesregierung noch nachdrücklicher zu den dringend notwendigen Maßnahmen drängen müssen. Ich möchte in meinem Newsletter beschreiben, was jetzt zeitnah umgesetzt werden muss. Ein weiteres Zögern der Bundesregierung ist nicht zu verantworten.

Wir als Union agieren intensiv aus der Oppositionsrolle heraus. Dies möchte ich anhand zweier Initiativen aus unseren Reihen verdeutlichen: Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Vorratsdatenspeicherung und zum Antrag der Union der sich für eine starke Marktwirtschaft innerhalb Europas ausspricht. Beide Initiativen begrüße ich ausdrücklich.

Genauso positiv möchte ich das große Engagement unserer Partei vor Ort in Rhein-Berg an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben. Über den vergangenen Kreisparteitag Anfang September in Kürten finden Sie einen kleinen Gastbeitrag in diesem Newsletter.

Bei all den gegenwärtigen Schwierigkeiten bin ich nach wie vor von der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und auch dem Durchhaltevermögen unserer Bevölkerung überzeugt. Deswegen bin ich mir sicher, dass wir diese anspruchsvolle Zeit gemeinsam meistern werden.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

GEGENWÄRTIGE LAGE

Lassen Sie es mich ganz offen sagen: Die Hütte brennt. In den letzten Tagen und Wochen erhalte ich viele Zuschriften und Anrufe, in denen mir Unternehmerinnen und Unternehmer, etwa aus dem Bäckerhandwerk, viele Selbstständige ihre überaus anspruchsvolle Lage schildern, und auch die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die an ihren Grenzen sind. Auch junge Familien schildern, wie schwierig sich finanziell bereits jetzt das Alltagsleben gestaltet. Dafür habe ich großes Verständnis und es besorgt mich gleichzeitig sehr. Die Preise steigen, aber gerade energieintensive Unternehmen kämpfen dieser Tage um ihr wirtschaftliches Überleben. Die Politik ist hier zur Handlung verpflichtet. Doch leider agiert die Bundesregierung unter Olaf Scholz zu verzagt, unkoordiniert, zu unkonkret und zu bürokratisch. Das ist angesichts der Energieengpässe, breiten Preissteigerungen und der drohenden Rezession brandgefährlich. Ein weiteres Zögern führt zu größeren Problemen. Dabei dürfen wir es nicht bei einer bloßen Symptombekämpfung belassen, sondern müssen ganz konkret die Ursachen der gegenwärtigen Rohstoffkrise bewältigen.

Natürlich wird der Bund jetzt mit weiteren finanziellen Rettungsmaßnahmen staatlicherseits eingreifen müssen. Ich denke insoweit insbesondere an eine Ausweitung des Rettungsschirms für Unternehmen, die von den gegenwärtigen Preissteigerungen im Energiebereich besonders betroffen sind. Aber bei all dem muss uns klar sein: Unsere öffentlichen Haushalte sind schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt überaus stark strapaziert. Aufgrund der Corona-Pandemie war es dem Bund in den vergangenen drei Jahren nicht möglich, einen der Schuldenbremse entsprechenden Haushalt vorzulegen – von einem ausgeglichenen Haushalt ganz zu schweigen. Im Falle eines wirtschaftlichen Abschwungs werden perspektivisch natürlich die Steuereinnahmen zurückgehen und damit die Handlungsspielräume innerhalb des Bundeshaushalts sukzessive kleiner. Ich schildere dies nicht, um der gegenwärtigen Situation eine besondere Dynamik zuzuschreiben, sondern um deutlich zu machen, dass finanzielle Rettungsmaßnahmen des Staates nicht das einzige Mittel sein können. Vielmehr müssen wir ganzheitlich, schnell und innovativ mit der Lage umgehen. Der von uns als Union seit dem Frühjahr geforderte Weiterbetrieb der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke über das Jahr 2022 hinaus ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Es ist aber geradezu erschreckend, dass die Bundesregierung hier erst agiert, wenn es eigentlich fast zu spät ist. Unser diesbezüglicher Vorschlag lag bereits seit Monaten auf dem Tisch. Je länger sich

TERMINE

01.10.2022, 15:45 Uhr
Erntedankfest Witzleben

03.10.2022, 12:00 Uhr
Tag der Deutschen Einheit
Bergischer Löwe
Bergisch Gladbach

04.10.2022, 15:30 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde

08.10.2022, 17:00 Uhr
150. Jubiläum Landwirtschaftliches Casino
Vilkerath

Sitzungswoche 10. – 14.10.2022
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 17. – 21.10.2022
Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 07. – 11.11.2022
Deutscher Bundestag

09. – 11.11.2022
Tage der Begegnung
Deutscher Bundestag

15.11.2022, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde in Odenthal
Rathaus Odenthal

Sitzungswoche 21. – 25.11.2022
Haushaltswoche
Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

die Entscheidung hinzog, umso schwieriger wurde es, sie tatsächlich in die Tat umzusetzen. Ich bin mir zudem sicher, dass wir auch über April 2023 hinaus auf den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke angewiesen sind.

Zudem müssen wir hinsichtlich des Ausbaus der regenerativen Energien die Genehmigungsvoraussetzungen erheblich vereinfachen, sowohl für Windräder als auch für Photovoltaikanlagen. Hier waren wir in den letzten Jahren zu zögerlich und umständlich. Aufgrund der akuten Engpässe muss die Umstellung von Gas- auf Ölheizungen unbürokratisch und zügig genehmigt werden. Alle Ansätze, die ein pragmatisches Vorgehen erleichtern und damit der Krisenbewältigung dienen, sind nunmehr angebracht. Melden Sie sich also gerne jederzeit mit konkreten Vorschlägen, wie wir Sie administrativ entlasten können. Dabei geht es mir insbesondere um ganz klare Hindernisse, die Ihnen bei der gegenwärtigen schnellen Krisenreaktion im Wege stehen. Wir werden diese Ihre Vorschläge innerhalb der Fraktion sammeln und dann gerne in ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren einbringen.

INITIATIVEN INNERHALB DES BUNDESTAGES

„Stabilitätsunion statt Schuldenunion – Stabilitäts- und Wachstumspakt festigen, fiskalpolitische Disziplin in Europa sichern“

Finanzielle Stabilität und ein ausgeglichener Haushalt sind Grundpfeiler einer nachhaltigen und generationengerechten Politik, die sich der Verantwortung auch für kommende Generationen bewusst ist. Dies gilt auf nationaler Ebene sowie innerhalb der EU. Dieser Grundsatz gerät jedoch mehr und mehr ins Wanken. Aufgrund der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges ist der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt gegenwärtig noch bis Ende 2023 außer Kraft gesetzt. Das ist angesichts der krisenhaften Lage angebracht, wiegt aber dennoch schwer. Denn die Verschuldung öffentlicher Haushalte ist gerade nicht rückläufig, sondern – ganz im Gegenteil – steigt seit Jahren stetig, teils drastisch an. Vor diesem Hintergrund verläuft derzeit ein Prozess mit dem Ziel, den Stabilitäts- und Wachstumspakt angesichts der neuen Herausforderungen zu modifizieren. In diesem Zusammenhang wurde durch die Bundesregierung ein sogenanntes Prinzipien-Papier veröffentlicht, in welcher sie sich zu neuen EU-Fiskalregeln positioniert. Dieses Papier birgt aus Sicht der Unionsfraktion erhebliche Risiken, denn darin positioniert sich die Bundesregierung zugunsten einer weiteren Aufweichung der EU-Fiskalregeln. So soll etwa von dem sukzessiven Schuldenabbau Abstand genommen werden und es sollen die bereits bestehenden Flexibilitätsklauseln, die nichts anderes als erhebliche Ausnahmetatbestände darstellen, signifikant ausgeweitet werden.

Auch wir als Union sprechen uns für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus. Damit er aber weiterhin seine zentra-

EINBLICKE



Beim „regionalen Tisch“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich Äpfel als ein Stück Heimat aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis mit nach Berlin gebracht.



Beim Besuch der Innotrans haben mein Praktikant Philipp Unkelbach und ich Halt am Stand der DEUTA-Werke aus Bergisch Gladbach gemacht.

len Funktionen erfüllen kann, müssen vielmehr die Regeln verschärft und so zugespitzt werden, dass er in der Praxis auch durchgesetzt werden kann. Zentral sind für uns dabei zwei Grundregeln: Zum einen muss das 60 %-Ziel gelten, wonach die öffentlichen Schulden maximal 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen dürfen. Zum anderen darf das jährliche Budgetdefizit maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Darüber hinaus muss natürlich das perspektivische Ziel klar sein, dass weiterhin ein Schuldenabbau umgesetzt werden muss. Zwar sind auch wir dafür, dass es bei globalen Krisen oder Naturkatastrophen gewisse Flexibilitätsspielräume geben muss, diese müssen aber klar beschränkt sein. Nur so sichern wir die finanzielle Grundlage für zukünftige Generationen.

„IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“

Der Europäische Gerichtshof hat vergangene Woche ein lang erwartetes Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Dabei ging es im Wesentlichen um die Frage, ob dieses deutsche Gesetz aus dem Jahr 2015 mit dem Europarecht und hier insbesondere mit den Grundfreiheiten vereinbar ist. In seinem Urteil hat das Gericht seine langjährige, überaus restriktive Auffassung erneut bestätigt, wonach das Unionsrecht eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten grundsätzlich nicht gestattet.

Dennoch hat das Gericht in seinem Urteil Raum für Ausnahmen offengelassen. Demnach ist eine befristete, allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen zulässig. Dieses Instrument ist insbesondere bei der Bekämpfung von Kinderpornographie und der Verbreitung kinderpornographischem Material von besonderer Bedeutung. Gerade in Rhein-Berg mussten wir aus nächster Nähe erleben, wie gravierend sexueller Missbrauch ausfällt und wie wichtig es ist, diesem mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Wir als Unionsfraktion fordern daher eine IP-Adressen-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel insbesondere bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet von existenzieller Bedeutung. Das bestätigt insbesondere ein Blick in die Berufspraxis unserer Polizei. Wir fordern daher Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Ressortstreitigkeiten innerhalb seiner Regierung endlich zu beenden und zeitnah eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen zu initiieren, welche den gesetzlich zulässigen Handlungsspielraum ausschöpft. Das dient dem dringend nötigen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen.

BEITRAG ZUM KREISPARTEITAG

Mit dem 75. Kreisparteitag der CDU Rhein-Berg haben wir den Auftakt für eine intensive Debatte über das neue CDU-Grundsatzprogramm in unserem Kreis eröffnet. Diese soll zu ausgewählten Kapiteln in anschließenden Veranstaltungen bis zur Verabschiedung des Programms im Jahr 2024 fortgesetzt werden. Einen Einblick in die Debatte auf dem Kreistag gibt Katharina Höring, Mitglied des Kreisvorstandes, hier:

Auf dem 75. Kreisparteitag hat Dr. Hermann-Josef Tebroke (CDU-Kreisvorsitzender) gemeinsam mit seiner Kölner Kollegin Serap Güler MdB, stellvertretende Vorsitzende der Programm- und Grundsatzkommission, in die Debatte eingeführt und anschließend mit unseren anwesenden Mitgliedern in Form eines World Cafés über vier verschiedene Themenfelder der Grundwertecharta debattiert. An vier verschiedenen Tischen haben über 60 Mitglieder in wiederum vier Runden diskutiert. Es wurde über unsere Fundamente "Freiheit", "Solidarität", "Gerechtigkeit" und das "Christliche Menschenbild" gesprochen. Besonders wichtig war es der Mehrheit der Anwesenden, dass unsere Freiheit auf einer wehrhaften Demokratie beruht. Solidarität bedeutet für unsere Mitglieder nicht, dass wir unsere eigenen Werte vernachlässigen müssen, sondern dass wir Kompromisse finden. Gerechtigkeit bedeutet ihnen, dass wir alle ehrlich zueinander und miteinander sind. Und wenn an das christliche Menschenbild gedacht wird, verstehen sie darunter Selbstbestimmtheit, Toleranz, Nächstenliebe und Familie. Diese Fundamente sind unseren Mitgliedern sehr wichtig.

Auch mit der Thematik "CDU als Volkspartei" haben wir uns intensiv beschäftigt. Unsere Wurzeln sind sozial, liberal, konservativ und bürgerlich. Es wurde deutlich, dass unser sozialer Flügel wieder sichtbarer werden muss. Liberal bedeutet für uns nicht, dass jeder machen kann was er will. Die Freiheit jedes einzelnen endet da, wo in die Freiheit eines anderen eingegriffen wird. Auch wenn sich unsere Wertvorstellungen mit der Zeit verändert haben, so haben wir dennoch unsere Identität nicht verloren. Wir müssen sie nur neu definieren. Auch Fragen zur Zukunft haben wir mit unseren Mitgliedern besprochen: Wo wollen wir hin? Was wollen wir erreichen? Und was wollen wir mit unserer Politik bewegen?

Aus den Antworten der Mitglieder war herauszuhören, dass wir junge Menschen dazu bewegen wollen, uns zu unterstützen und zusammen ihre Zukunft mit ihnen zu gestalten. Ebenso ist es uns ein Anliegen, mehr Frauen zu motivieren in der CDU aktiv zu werden, um ihr und unser Land gemeinsam gestalten zu können. Dazu wollen – und müssen – wir wieder familienfreundlicher und auch kinderfreundlicher werden. Beruf, Familie und Politik sollen miteinander im Einklang stehen. Im World Café fanden auch grundsätzliche Themen und Satzungsfragen ihren Platz. Es kamen viele Fragen an die Politik: Die Welt verändert sich - wie können wir da mithalten? Was können wir für unsere Zukunft tun? Welche realistischen Ziele können wir verfolgen? Das Grundsatzprogramm soll und wird genau diese Themen behandeln und unsere Ziele neu festlegen. Es soll die Frage, wo wir als Partei der Mitte stehen, beantworten, unsere Fundamente festsetzen und uns Richtlinien für unsere Zukunftspolitik geben. Dabei dürfen jedoch nicht die grundsätzlichen Themen vergessen werden.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 30.09.2022
